Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 40 (1946)

Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : wir hoffen! ; Weltabrüstung ; Rüstung und Kriegsgefahr ; Wirtschaftliche Anarchie ; Amerika, wohin? ; Neger und Demokratie ; Englische Entwicklungen ; Frankreichs Dilemma ; Deutsche Revanche ; Neue Deutschlandpolitik?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-138859

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gibt er damit der grenzenlos oberflächlichen Auffaſſung recht, daß die militäriſche Nichtbereitſchaft Englands mitſchuldig war am Ausbruch der Kataſtrophe. Wir möchten dem gegenüber die paradox ſcheinende Theſe vertreten, daß das Geheimnis der Widerſtandskraft Englands, auch ſeiner militäriſchen Widerſtandskraft, auf ſeinem Pazifismus beruhte. Um dieſes Pazifismus willen hatte England ein gutes Gewiſſen. Es hatte viele Fehler gemacht, ſogar ſchwere Sünden begangen, aber es hatte nie den Krieg verherrlicht. Und dieſe geiſtigen Faktoren waren ausſchlaggebend. Die deutſche Dämonie, die den zweiten Weltkrieg auslöſte, wäre durch engliſche Kriegsſchiffe und eine noch ſo große engliſche Luftwaffe nicht zu bannen geweſen, ſie wäre dadurch nur noch ſicherer aufgeſtachelt und moraliſch gerechtfertigt worden. England aber wäre dadurch in ſeinem Innerſten geſchwächt geweſen durch Untreue gegen das Beſte ſeines Weſens.

Wir ſind erſtaunt darüber, daß ein Mann wie Foerſter, der in der Pädagogik wie kein anderer die ausſchlaggebende Wichtigkeit der geiſtigen Faktoren bei der Ueberwindung des Böſen betonte, nun eine gewiſſe Neigung zeigt, einen Realismus zu vertreten, der die geiſtige und ſittliche Ueberlegenheit nicht mehr mit dem gleichen Glauben in Rechnung ſtellt. *Paul Trautvetter.*

Weltrundſchau

Wir hoffen! Draußen vor New York auf Long Island, auf dem Gelände der Weltausſtellung von 1939 — der Schreibende verbrachte dort heuer einen prachtvollen Sommerabend —, tagt jetzt die Generalverſammlung der *Vereinten Nationen.* In der Rieſenſtadt drin, im luxuriöſen Waldorf Aſtoria-Hotel, halten der Sicherheitsrat und die „Großen Vier" ihre Sitzungen ab, teils mit Organiſationsproblemen der UNO beſchäftigt, teils damit, den ſogenannten Friedensverträgen mit den Trabanten des Dritten Reiches den letzten Schliff zu geben und die Behandlung der deutſchen Frage ſelbſt vorzubereiten. Die Stimmung in den verſchiedenen Abteilungen dieſes weltpolitiſchen Clearinghauſes iſt bisher, um in der Börſenſprache zu bleiben, ausgeſprochen luſtlos; kein Wunder, daß die Völker die Tätigkeit der hohen Diplomatie mit einer Miſchung von Gleichgültigkeit, Unglauben und ſtillem Proteſt verfolgen — *wenn* ſie ſie überhaupt verfolgen und die Zeitungen nicht bloß in der Diagonale leſen oder den Radioknopf im „kritiſchen" Augenblick umdrehen. Und doch muß dem Geiſte lähmenden Peſſimismus und ätzender Kritik, der ſich insbeſondere um die Vereinigten Nationen herum auszubreiten ſcheint, immer wieder nachdrücklich entgegengetreten werden. *Daraus* iſt noch nie etwas Gutes gekommen, auch wenn die Negation zunächſt ſcheinbar recht bekommen hat, und wir unſerſeits ziehen es vor, anſtatt das „zerſtoßene

Rohr" vollends zu zerbrechen und den „glimmenden Docht" auszulöſchen, auch die ſcheinbar ſchwachen Anſätze zu einer Weltregierung und Völkerrechtsordnung, die in den Vereinten Nationen gegeben ſind, im Geiſte *aufbauender* Kritik erhalten und entfalten zu helfen. Ueber die unendliche Schwierigkeit dieſer Aufgabe gibt ſich gewiß niemand einer Täuſchung hin; aber welche Hoffnung auf Vermeidung eines dritten Weltkrieges hätten wir — menſchlich geſprochen — noch, wenn wir die einzige weltumfaſſende Organiſation zur Löſung der internationalen Lebensfragen, die es heute gibt, moraliſch auch noch ſabotierten und unterhöhlten, in der törichten Meinung, wenn nur erſt einmal die UNO zuſammengeſchlagen ſei, werde die Bahn ſchon frei werden für eine wahre, ausgeſprochen demokratiſch-föderaliſtiſche Völkergemeinſchaft. Die Bahn würde ſchon frei werden — aber ſicher nicht für eine beſſere Völkerrechtsordnung, ſondern für die vollendete internationale Anarchie. Daran iſt kaum ein Zweifel erlaubt.

Weltabrüstung Es iſt ſicherlich wahr, daß die Vereinten Nationen durch die in ihrem Schoße wirkenden Macht- und Intereſſengegenſätze verhindert werden, das zu ſein, was ſie nach ihrer Satzung ſein *ſollten*. Aber ebenſo richtig iſt, daß die Gebrechen, an denen die Organiſation der Vereinten Nationen leidet, durchaus nicht notwendigerweiſe ihre Weiterbildung zu einem Werkzeug der Friedensſicherung verhindern. Auch das immer wieder in den Vordergrund geſchobene Vetorecht nicht, das jetzt auch in New York zur Debatte geſtellt iſt. Den *Mißbrauch* des Vetos, wie er namentlich von ruſſiſcher Seite in untergeordneten Fragen geübt wurde, verteidigt wohl niemand; ihm den Riegel zu ſtoßen liegt im Intereſſe der Großmächte ſelber. Aber den rechten *Gebrauch* des Vetorechts zu dem Zweck, für den es geſchaffen wurde, nämlich (mit Churchills Worten) „eine letzte Sicherung für eine Großmacht zu ſein, daß ſie in einer Frage, um die ſie mit den Waffen zu kämpfen bereit wäre, nicht überſtimmt werden kann", dieſen rechten Gebrauch des Vetos hebt auch ſein bedauerlicher Mißbrauch nicht auf. Und alle Einwände gegen das Vetorecht vermögen nicht gegen die eine Tatſache aufzukommen, daß bei einer Abſchaffung der Einſtimmigkeitsvorſchrift (ſoweit die Großmächte in Betracht fallen) die Vereinten Nationen unter den gegenwärtigen Verhältniſſen gar keine Mittel beſäßen, um ihren Willen gegen eine widerſtrebende, im Sicherheitsrat überſtimmte Großmacht durchzuſetzen. Jeder Verſuch, einen ſolchen Staat zur Unterwerfung unter einen Mehrheitsbeſchluß zu *zwingen*, müßte die Vereinten Nationen ſofort ſprengen und könnte ſogar zum Krieg führen. Die Wirkſamkeit der Vereinten Nationen beruht auf der *freiwilligen* Annahme aller Beſchlüſſe, beſonders der „lebenswichtigen", durch ihre Mitglieder, die eben nicht bereits Genoſſen einer ausgebauten, mit überlegener Zwangsgewalt ausgeſtatteten Rechtsordnung ſind, ſondern Teilhaber einer Mächtekoali-

tion, die erſt dann auf ihre nationale Souveränität verzichten werden, wenn ſie ſich vor einer Mehrheitsdiktatur innerhalb der UNO ſicher fühlen können. Dieſer Zuſtand iſt wenig erfreulich, aber die Augen davor verſchließen zu wollen, daß eine Mächtegruppe durch eine ihr an Stimmenzahl in den Organen der Vereinten Nationen überlegene Gegengruppe in wichtigen Fragen überſtimmt werden könnte und ſo gezwungen würde, eine Weltordnung anzunehmen, die keineswegs von unparteiiſchen Rechtsgedanken inſpiriert, ſondern von ſehr egoiſtiſchen Macht- und Beſitzintereſſen diktiert wäre — das überſehen zu wollen, wäre höchſt unrealiſtiſch und der Sache des Friedens ſchädlich. Finden wir uns lieber mit dieſem Zuſtand als einer wohl unvermeidlichen Etappe auf dem Wege von der anarchiſchen Machtpolitik zur reinen Rechtsordnung ab und arbeiten wir daran, daß alle Mitglieder der Vereinten Nationen die Ueberzeugung bekommen, ſie ſeien vor einer Vergewaltigung ihrer Lebensrechte durch eine beſtimmte Mächtegruppe unbedingt ſicher und ſeien für die Gewährleiſtung ihres Lebensrechtes auf die vorbehaltloſe Einfügung in eine mit überlegenen Machtmitteln verſehene Völkerrechtsgemeinſchaft geradezu angewieſen.

Ein Mittel dazu iſt die freiwillige militäriſche *Abrüſtung* ſämtlicher Mitgliedſtaaten der Vereinten Nationen. Ich habe in der letzten Weltrundſchau den Vorſchlag erwähnt, die britiſche Regierung ſolle den Organen der Vereinten Nationen eine maſſive Rüſtungsbeſchränkung beantragen. Ein ſolcher Antrag iſt inzwiſchen tatſächlich eingereicht worden, wenn auch nicht von England, ſondern von *Rußland*, verbunden mit dem Begehren, „die Gewinnung von Atomkraft für militäriſche Zwecke zu verbieten", womit alſo die Diskuſſion um den „Baruch-Plan" auf neuer Grundlage in Gang kommen wird, ſofern die anderen Mächte überhaupt auf den Antrag eintreten wollen und er nicht einfach als „ruſſiſches Manöver" abgetan oder (mit der entſprechenden Verbeugung vor ſeinem „richtigen Kern") irgendwie beiſeitegeſchoben wird.

Rüstung und Kriegsgefahr Natürlich werden ſich die altbekannten Einwände gegen eine allgemeine Abrüſtung auch gegen den neuen Vorſchlag wieder erheben. Es wird wohl insbeſondere wieder geſagt werden, die Kriegsrüſtungen ſeien ja nur Ausdruck einer internationalen Anarchie, die aus *anderen* Quellen ſtamme, ſeien alſo nicht Urſache, ſondern *Folge* des Mißtrauens und der Feindſeligkeit zwiſchen den Völkern, denen man erſt dann auf ihre militäriſchen Vorbereitungen zu verzichten zumuten könne, wenn die wahren Urſachen des internationalen Machtkampfes aus der Welt geſchafft ſeien. Daran iſt natürlich viel Richtiges, und wir haben immer ſtark betont, daß die in der kapitaliſtiſchen Organiſation des *Wirtſchaftslebens* tätigen Kräfte der zwiſchenſtaatlichen Anarchie gebändigt werden müßten, wenn dauernder Frieden unter den Völkern geſchaffen

werden ſolle. Allein neben dieſes *ſozialiſtiſche* Argument muß eben immer auch das klaſſiſche *pazifiſtiſche* Argument geſtellt werden: daß die wirtſchaftlichen und ſozialen Kriegstendenzen erſt wirkſam werden, wenn zu ihnen Machtdrang, Gewaltglaube und Militarismus kommen, und daß die von dieſen Kräften in ganz beſonderem Maße geförderten militäriſchen Rüſtungen ſelbſt eine Kriegsurſache erſten Ranges darſtellen, daß alſo eine Verminderung der militäriſchen Rüſtungen ſchon an und für ſich auch die Kriegsgefahr vermindern wird. Kurz, der Pazifiſt iſt überzeugt, daß Rüſtungen nicht den Krieg abwehren, ſondern ihn herbeiführen helfen, wenn im übrigen die Bedingungen dafür günſtig ſind.

In der Tat, ſolange der Nachbar — und in einer ſehr klein gewordenen Welt ſind *alle* Völker, beſonders die großen, Nachbarn — rüſtet und rüſtet, modernſte und allermodernſte Waffen bereitſtellt, ſtrategiſch wichtige Punkte und Gebiete beſetzt oder begehrt, ſolange *kann* ſich eine Nation nicht ſicher fühlen, mag nun der andere ſeine militäriſchen Maßnahmen begründen wie er will. Die Affäre der 200 kriegsſtarken ruſſiſchen Diviſionen, die nach Churchill außerhalb der Sowjetunion zum Einſatz gegen die Weſtmächte bereitſtehen ſollen — nach Stalin ſind es nur 60 meiſtens nicht kriegsfähige Diviſionen —, und auf der anderen Seite die Herſtellung und Verwendung von Atombomben durch Amerika ſowie die Drohung mit ihrem Einſatz gegen Rußland ſind ſprechende Beiſpiele für die vergiftende Wirkung, die die Kriegsrüſtungen aufs neue wieder im Völkerleben ausüben. Und es iſt unmöglich, die Ueberzeugung loszuwerden, daß ein Abkommen über die Beſchränkung der militäriſchen Rüſtungen aller Art, ſo ſchwierig es zu formulieren und durchzuführen ſein mag[1]), entſcheidend dazu beitragen müßte, die Kriegsfurcht zu vermindern, die jetzt ſo offenkundig hinter aller Weltpolitik ſteht, und die hängigen internationalen Fragen, die durch das Denken in ſtrategiſchen Begriffen ſo heillos verwirrt werden, lösbar zu machen. Mochte es auch zutreffen, daß, nachdem einmal die Umwelt Hitler hatte groß werden laſſen, der deutſche Kriegswille nur durch eine ihm entſchloſſen entgegengeſetzte überlegene Militärmacht hätte eingeſchüchtert und gebrochen werden können, ſo berechtigt nichts zu der Annahme, daß eine der beiden heute rivaliſierenden Mächtegruppen insgeheim einen Angriffskrieg plane und darum, wenn überhaupt, ſo nur durch Bedrohung oder gar durch einen Präventivkrieg unſchädlich gemacht werden könne. Es iſt im tiefſten *grundloſe Furcht*, was beide Gruppen beherrſcht und gewiſſe Kreiſe innerhalb der vorerſt ſtärkeren Mächtegruppe mit dem Gedanken eines Präventivkrieges ſpie-

[1]) Die Kriegsrüſtungen der einzelnen Länder ſind nicht ganz einfach miteinander zu vergleichen. Immerhin mag es uns etwas ſagen, daß die Militärausgaben in den Vereinigten Staaten gegenwärtig 33 Prozent der ſtaatlichen Geſamtausgaben betragen, in Großbritannien 30 Prozent, in der Sowjetunion 24 Prozent. In der Schweiz ſind es rund 50 Prozent.

len läßt, Furcht, die am ſicherſten gemildert werden könnte, wenn *beide* Gruppen ſich durch Abrüſtung in ihrer Fähigkeit, Krieg zu führen, ſelber ſchwächten und damit ihren Friedenswillen bewieſen. Der ruſſiſche Vorſtoß für allgemeine Rüſtungsbeſchränkung muß deshalb aufs wärmſte begrüßt werden, und daß ſowohl Amerika als England ihn unterſtützen zu wollen erklärt haben, iſt doch wohl mehr als Lippendienſt und diplomatiſche Taktik.

Wirtschaftliche Anarchie Weniger erfreulich ſteht es mit dem Kampf gegen den Krieg von der wirtſchaftlichen Seite her. Auch hier iſt zwar, wie ſchon letzten Monat erwähnt, ein bedeutungsvoller Vorſtoß gemacht worden: durch die Schaffung einer *Weltorganiſation für Ernährung und Landwirtſchaft*, die in allen Ländern den Lebensſtand planmäßig erhöhen und zur Milderung jener heftigen Konjunkturſchwankungen beitragen will, die in der Vergangenheit eine ſo verhängnisvolle Rolle beim Aufkommen faſchiſtiſcher und kriegeriſcher Bewegungen geſpielt haben. Wie wichtig die Tätigkeit einer ſolchen Organiſation namentlich auch für den Kampf gegen Hunger und Wirtſchaftszerrüttung wäre, der mit verſtärkter Kraft geführt weren muß, ſoll nicht eine wahre Kataſtrophe über eine Reihe von Völkern hereinbrechen, das liegt klar auf der Hand[2]). Aber auch darüber hinaus war die in Kopenhagen begründete Weltorganiſation eine unſerer großen Hoffnungen für eine internationale Zuſammenarbeit auf dem ſo entſcheidend wichtigen Gebiete der Wirtſchaftsplanung. War, müſſen wir nämlich ſagen; denn dieſe Hoffnung ſcheint bereits wieder geknickt zu ſein. Laſſen wir, um nicht der Voreingenommenheit bezichtigt zu werden, ein engliſches Blatt, den „New Statesman", ſprechen:

„Der Entſchluß Amerikas, die Preiskontrolle für Nahrungsmittel aufzuheben und den Großeinkauf von Nahrungsmitteln durch die Regierung einzuſtellen, iſt eine ebenſo rückſichtsloſe und anarchiſche Handlungsweiſe wie die plötzliche Aufgabe der Leih- und Pachtlieferungen bei Kriegsende. Er iſt ein tödlicher Schlag gegen die Hoffnungen auf einen geordneten Abſatz des amerikaniſchen Lebensmittelüberſchuſſes, auf den eine hungernde Welt angewieſen iſt. Und dieſer Entſchluß fällt mit einer plötzlichen Umkehrung der amerikaniſchen Politik gegenüber dem Welternährungsamt zuſammen... Auf *einen* Schlag iſt dieſe Woche Sir John Orr's Plan für ein Welternährungsamt mit einem zyniſchen Verrat Amerikas an ſeinen eigenen Kopenhagener Verpflichtungen bedroht worden... In ihrem kopfloſen Drang zurück zu einem rein egoiſtiſchen Kapitalismus haben die Vereinigten Staaten anſcheinend beſchloſſen, dem ‚funktionellen' Internationalismus ebenſo den Rücken zu kehren wie nach dem erſten Weltkriege dem politiſchen Völkerbund."

---

[2]) Der Direktor der UNRRA beurteilt die Lage der europäiſchen Wirtſchaft eher düſter. Am ſchlimmſten ſcheint es zur Zeit in Oeſterreich, Italien und der britiſchen Zone in Deutſchland zu ſtehen. In China ſollen fünf Millionen Menſchen langſam dem Hungertod entgegengehen.

Die Haltung, die Amerika hier einnimmt, ſtimmt in der Tat mit der ganzen Richtung ſeiner internationalen Wirtſchaftspolitik überein, wie ſie beiſpielsweise auch in den Londoner Verhandlungen des vorbereitenden Ausſchuſſes für die *Welthandelskonferenz* zum Ausdruck kommt. Die Produktionskraft der amerikaniſchen Induſtrie iſt durch den Krieg derart phantaſtiſch geſteigert worden[1]), daß der durch große Armut in den unteren Schichten des amerikaniſchen Volkes gelähmte Maſſenkonſum auf die Dauer, wenn einmal der gegenwärtige Warenhunger geſtillt iſt, bei weitem nicht nachkommen kann und der mit allen Mitteln forcierte Export, der auf etwa das Dreifache der Friedensausfuhr geſteigert werden ſoll, noch mehr als bisher zur kapitaliſtiſchen Lebensnotwendigkeit werden wird. Was dies, bei gleichzeitiger Erſchwerung der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten durch erhöhte Zölle, für die Wirtſchaft der übrigen Völker und für ein friedliches Völkerverhältnis bedeuten muß, iſt leicht zu erkennen. Und ob es der britiſchen Regierung gelingen wird, durch einen „internationalen Beveridgeplan", wie ſie ihn der Welthandelskonferenz vorſchlägt, eine gewiſſe Stetigkeit der Wirtſchaftskonjunktur zu ſichern und die anderen Völker vor den Wirkungen einer kommenden amerikaniſchen Wirtſchaftskriſe zu ſchützen, das ſteht bei der wirtſchaftlichen Abhängigkeit Englands von Amerika und bei dem Zwang zur maſſiven Exportſteigerung, dem Großbritannien ſelber unterliegt, noch ſehr dahin. Was ſicher iſt, das iſt einzig, daß die Bemühungen, durch Rüſtungsbeſchränkung die internationale Lage zu entſpannen, nur einen ungenügenden Erfolg haben können, ſolange von der Wirtſchaft her immer wieder neue Spannungskräfte in die Völkerbeziehungen hineingetragen werden.

Amerika, wohin? Die Gefahr iſt um ſo größer, als der durchſchlagende *Sieg der Republikaner* bei den amerikaniſchen Wahlen die Politik der USA. auf ihrem verhängnisvollen Weg erſt recht weiterzutreiben geeignet iſt. Dieſer Sieg iſt ſo groß, daß dadurch die Bildung einer fortſchrittlichen Mehrheit aus den linken Flügeln beider amerikaniſchen Parteien nicht mehr in Frage zu kommen ſcheint. Die Demokraten ſind nicht nur von den mehr konſervativen Volksteilen, unter dem Einfluß der ganz überwiegend rechtsſtehenden Preſſe, für alle Uebel verantwortlich gemacht worden, mit denen ſie das Nachkriegsamerika behaftet ſehen; ſie ſind offenkundig auch von den fortſchrittlichen Kreiſen und beſonders von der organiſierten Arbeiterſchaft, die durch Trumans jammervolle Politik vor den Kopf geſtoßen war, weithin im Stiche gelaſſen worden, ſo daß im Gegenſatz zur letzten Wiederwahl Rooſevelts, die nur durch den begeiſterten Einſatz der Gewerkſchaften beziehungsweiſe ihrer politiſchen Organi-

[1]) Sie iſt nach dem neuen Handelsminiſter Harriman heute um 50 Prozent größer als diejenige aller übrigen Länder der Welt zuſammen!

ſation, des „Politiſchen Aktionsausſchuſſes", geſichert werden konnte, die Republikaner von vornherein gewonnene Sache hatten.

So ſtellt denn der republikaniſche Wahlſieg eine neue, wichtige Etappe im Siegeszug der amerikaniſchen Reaktion dar, von dem hier wiederholt die Rede war. Die Folgen werden nicht auf ſich warten laſſen. In der inneren Politik wird mit dem, was von Rooſevelts ſozialpolitiſcher und planwirtſchaftlicher Aera noch übriggeblieben iſt, vollends ganz aufgeräumt werden. Sehr zu befürchten iſt namentlich eine Wiederholung des im Sommer geſcheiterten Angriffes auf die Koalitions- und Streikfreiheit der Arbeiter wie überhaupt auf das neue Gewerkſchaftsrecht, das die Unternehmer als ſo unerträglichen Pfahl im Fleiſche empfinden. Die beſchleunigte Rückkehr Amerikas zum hemmungsloſen Kapitalismus wird die reaktionären Kräfte der ganzen Welt jedenfalls beträchtlich ſtärken — ein bedenklicher Rückſchlag der ſozialiſtiſchen Bewegung nach dem großen Wahlſieg der Labourpartei im letzten Jahre. Churchill hat jetzt wenigſtens ſeine Revanche! In der äußeren Politik aber wird, ebenfalls auf Churchills Linie, der ruſſenfeindliche Kurs, den die Miniſterien des Aeußeren, des Krieges und der Marine ſteuern, womöglich noch verſchärft werden. Der Wahlfeldzug wurde ja von den Republikanern großenteils mit der „roten Gefahr" beſtritten, die es gegen außen wie im Innern abzuwehren gelte[1]). Jeder einigermaßen fortſchrittliche Kandidat wurde als kommuniſtenfreundlich verdächtigt (die Demokratin Martha Sharp in Maſſachuſetts zum Beiſpiel deshalb, weil ſie von der tſchechoſlowakiſchen Regierung eine Auszeichnung für humanitäre Arbeit angenommen hatte), und die Demokraten ſelbſt ließen einige ihrer eigenen Kandidaten fallen, weil dieſe angeblich mit den Kommuniſten ſympathiſierten. Das amerikaniſche Publikum hat ſich eben — nicht erſt ſeit Beginn des Wahlkampfes — in eine eigentliche Kommuniſten- und Ruſſenhyſterie hineinſteigern laſſen, aufgehetzt nicht zum mindeſten auch durch gewiſſe Veröffentlichungen ruſſiſcher Renegaten, die ihre Bekehrung zur Demokratie durch maßlos heftige Angriffe auf das Sowjetregime glaubhaft machen wollen. Und man kann es einem engliſchen Beſucher der Vereinigten Staaten, der über ſeine Eindrücke im „New Statesman" berichtet, ſchon nachfühlen, wenn er den gegenwärtigen Zuſtand Amerikas mit einer „Vorkriegsatmoſphäre" vergleicht, mit der „Atmoſphäre von 1938, wo der Bürger ſeine unbeſchädigten Städte und reichen Ernten nur melancholiſchen Blickes betrachten kann, während er dem beſtändigen Gerede von einem neuen Krieg zuhört". Meine eigenen Erfahrungen in den Vereinigten Staaten beſtätigen dieſe Feſtſtellung durchaus, und da gerade die nächſten paar

[1]) Die New Yorker „Nation" ſchrieb ſchon im September, die republikaniſche Wahlpropaganda arbeite ſtark mit der Behauptung, „daß alle New Deal-Reformen ſowie die Preiskontrolle und die Politik der Vollbeſchäftigung auf kommuniſtiſche Einflüſſe in der Demokratiſchen Partei zurückzuführen ſeien".

Jahre im Kampf um den Weltfrieden entſcheidend werden können, ſo kann man dieſe ganze ſeeliſch-politiſche Lage in Amerika kaum ernſt genug nehmen.

Vielleicht läßt ſich aber jetzt die fortſchrittliche *Linke* doch zu einer ſelbſtändigen Aktion aufrütteln. Bisher ſcheiterten ja alle Bemühungen um die Bildung einer dritten Partei an der Furcht, damit nur die Demokraten zu ſchwächen und den Republikanern in den Sattel zu helfen. Namentlich die erwähnte politiſche Organiſation des Verbandes der Induſtrieorganiſationen (C. I. O.), der radikaleren von den beiden Gewerkſchaftszentralen, hat unter Hillman konſequent die Taktik verfolgt, auf die Entfachung einer eigenen politiſchen Arbeiterbewegung zu verzichten und dafür die linksgerichteten Kandidaten der beiden hiſtoriſchen Parteien zu unterſtützen. Nun aber, da trotzdem — oder teilweiſe gerade deswegen — die offene Reaktion triumphiert: Was ſoll jetzt geſchehen? Wird nun der Kampf um die „Liberaliſierung" der Demokratiſchen Partei, von dem beſonders auch Wallace ſoviel erhoffte, in verſtärktem Maße weitergeführt werden? Kann dieſer Kampf bei der ſoliden Verſchanzung der Rechtsdemokraten im noch halbfeudalen Süden überhaupt Erfolg haben? Oder wird ſich nicht doch die Bildung einer neuen, unbelaſteten Partei aufdrängen, die zwar noch keineswegs ſozialiſtiſch wäre, aber doch alle fortſchrittlich-demokratiſchen Kräfte des Landes vereinigen würde und alle Ausſicht hätte, die Herrſchaft der „60 Familien" zu brechen? Vielleicht, daß erſt die drüben von jedermann erwartete neue große Wirtſchaftskriſe den letzten Anſtoß zu einer ſolchen parteipolitiſchen Umgruppierung geben wird; nur iſt dann zu beſorgen, die jetzt am Werk befindlichen unheilvollen Kräfte werden bis dahin in der inneren wie namentlich auch in der äußeren Politik derartige Verwüſtungen angerichtet haben, daß ſie viel ſchwerer gutgemacht werden können, als wenn die Linke den ja doch unvermeidlichen Schritt zur politiſchen Verſelbſtändigung *jetzt* täte.

Neger und Demokratie

Wie nötig die Vereinigten Staaten einen Durchbruch zu echter Demokratie hätten, vermag kaum etwas ſo deutlich zu zeigen wie die ſoziale Gedrücktheit und politiſche Entrechtung, der ihre große Negerbevölkerung — 10 Prozent des Geſamtvolkes — ausgeſetzt iſt. Die eine Tatſache, daß im Staate Virginia, der unmittelbar an die Bundeshauptſtadt Waſhington grenzt, nach einer neueren Erhebung von 367 000 Negern im ſtimmfähigen Alter teils aus Armut, teils unter weißem Terror nur 9 Prozent die Stimmrechtstaxe bezahlten, die zum Urnengang berechtigt, ſpricht Bände. Der Schwarze iſt wirklich der Paria der amerikaniſchen Klaſſengeſellſchaft — denn die Negerfrage iſt viel mehr eine Klaſſen- denn eine Raſſenfrage —, und mit welchen Gefühlen zahlloſe ſchwarze Amerikaner die demokratiſchen Lippenbekenntniſſe der weißen Poli-

tiker aufnehmen, mag ein Offener Brief lehren, den einer ihrer Führer, Walter White, kürzlich in der "Herald Tribune" von New York (27. Oktober) an Außenminister Byrnes gerichtet hat.

Byrnes hat nämlich unlängst in einer Rede behauptet: „Wir verteidigen die Freiheit überall. Wir in Amerika wissen, daß Menschen vieler verschiedener Rassen und Herkunft in den Vereinigten Staaten im Frieden zusammenleben können. Sie sollten auch in Europa im Frieden zusammenleben können." White meint dazu: „Haben Sie für Europa nicht mehr Hoffnungen als diese, Herr Minister, wenn Sie auf den sogenannten Frieden Bezug nehmen, der in Ihrem eigenen Staate Südkarolina unter den Rassen herrscht, dann in der Tat verzweifle ich an der Möglichkeit des Friedens." Er erwähnte dann den Fall eines Negers in Essex (New Jersey), der von dem Sheriff Ben T. Gregory durch Einspannen in den „Oregon-Stiefel" gefoltert wurde, und den Fall des Polizeichefs in Batesburg (Südkarolina), der sich rühmte, den Neger Isaac Woodard geblendet zu haben, indem er ihm die Augen ausmeißelte, drei Stunden nachdem Woodard, der im Pazifik gekämpft hatte, mit allen Ehren aus der Armee entlassen worden war. „Ich habe nichts davon gehört", so bemerkt White, „daß diesem Polizeichef auch nur ein Haar gekrümmt worden wäre, oder daß er sogar nur eine offizielle Rüge erhalten hätte." Der Briefschreiber erinnert ferner daran, daß nach wie vor Neger in gesetzwidriger Weise vom Stimmrecht ausgeschlossen werden, und fährt dann fort:

„Sie haben, Herr Minister, kompromißlos und dreist für echt demokratische Wahlen in Bulgarien und Triest gekämpft. Haben Sie für Südkarolina dasselbe verlangt? Wenn Sie es nicht getan haben, werden Sie es nunmehr tun? Wenn Sie es tun, dann werden die Gesichter des Herrn Molotow und anderer Delegierter zur Friedenskonferenz ein weniger zynisches Lächeln zeigen, wenn Sie wieder einmal sagen: ‚Wir verteidigen die Freiheit überall' — außer in Südkarolina." Marschall Smuts, dessen „liberale" Reden im Ausland angesichts der an Faschismus grenzenden, von Rassenhochmut strotzenden Innenpolitik seines Landes niemand mehr ernst nehmen kann, hat in Mr. Byrnes wirklich einen ebenbürtigen Kollegen!

Englische Entwicklungen

Eine Stärkung ist einem immer wieder England und sein unbeirrter Fortschritt auf dem Wege zur sozialen Demokratie. Die *Wahlen*, die kürzlich in den Städten des Königreichs, außer London, für einen Teil der Gemeindevertretungen vorgenommen wurden, zeigen die Stellung der Labourpartei unerschüttert, ja gefestigt und untermauern die planmäßige Sozialisierungs- und Reformpolitik der Regierung in willkommener Weise. Diese Politik stößt zwar andauernd auf die Schwierigkeit, daß sich der Arbeitsgeist des Großteils der Arbeiter noch zu

wenig von den aus der kapitaliſtiſchen Wirtſchaft übernommenen Gewohnheiten befreit hat — ein Problem, das ſich beim Uebergang zur Gemeinwirtſchaft in *allen* Ländern ſtellt —, und daß auch aus anderen Gründen die Arbeitsleiſtung nicht denjenigen Ertrag liefert, den die britiſche Wirtſchaft heute fordern muß, wenn ſie im kapitaliſtiſchen Konkurrenzkampf beſtehen ſoll. Doch wird gerade jetzt eine neue Anſtrengung gemacht, um durch dieſen Engpaß durchzukommen, in Zuſammenarbeit zwiſchen Regierung, Labourpartei und Gewerkſchaften. Inzwiſchen geht die Ueberleitung wichtiger Wirtſchaftszweige in Gemeinbeſitz oder doch in öffentliche Kontrolle folgerichtig weiter, und gleichzeitig ſollen auch — ein beſonders begrüßenswerter Beſchluß des Unterhauſes — die Verhältniſſe im *Preſſeweſen* gründlich durchleuchtet werden, hoffentlich als Vorbereitung für eine radikale Umgeſtaltung der Preſſe, die zu einem der wichtigſten Herrſchaftsmittel der kapitaliſtiſchen Oberſchicht geworden iſt und ihre öffentliche, gemeinnützige Funktion nur dann wird ausüben können, wenn Zeitungen und Zeitſchriften nicht mehr als Erwerbsunternehmungen betrieben werden, vielmehr ausſchließlich die Sprachrohre politiſcher, wirtſchaftlicher, kultureller uſw. Gruppierungen mit völlig klarem und ſauberem finanziellem Hintergrunde ſind.

Was in der Berichtszeit einen weniger erfreulichen Eindruck gemacht hat, das war die Wendung zu einem ſachlich ſchwer erklärbaren verſchärften *Antikommunismus*, die bei manchen Labourführern zu bemerken iſt. Insbeſondere der heftige Angriff Attlees auf die Sowjetunion am Gewerkſchaftskongreß erſcheint um ſo unmotivierter, als er ſozuſagen eine Antwort auf die verſöhnlichen Aeußerungen darſtellt, die Stalin nun wiederholt gegenüber den Weſtalliierten gemacht hat. Attlees weſentliche Behauptungen über die Sowjetunion ſind übrigens von dem linksſtehenden Labourabgeordneten Pritt auf Grund eines jüngſten Beſuches in Rußland entſchieden beſtritten worden; Pritt hat in der Sowjetunion eine außergewöhnlich gute Kenntnis ausländiſcher Verhältniſſe, einen ſtarken Wunſch nach gegenſeitigen Beſuchsreiſen und eine im ganzen ſachliche, wenn auch natürlich die kommuniſtiſch-ruſſiſche Betrachtungsweiſe widerſpiegelnde ausländiſche Berichterſtattung und Kommentierung der internationalen Politik in der Sowjetpreſſe feſtgeſtellt. „In ihren (der Ruſſen) Zeitungen", ſo ſchreibt Pritt, „wird man nicht ein Prozent der Beſchimpfungen und hetzeriſchen Gerüchte finden, die *unſere* Preſſe die ganze Zeit über Rußland druckt." Im bürgerlich-reaktionären Lager hat man anderſeits große Freude an Attlees „mutigem" Auftreten gehabt; auch unſere brave „Neue Zürcher Zeitung" lobt den engliſchen Miniſterpräſidenten höchlich, daß er den Gewerkſchaftsdelegierten eine ſo „ſchmerzlich-wahre Rede" gehalten und in die reine Muſik ihrer Hoffnungen auf die Ueberwindung der „Reaktion" und des „Kapitalimus" (die Anführungszeichen ſtehen in der „NZZ.") „die dunklen

Akkorde bitterer Gegenwartserkenntniſſe" gemiſcht habe. Attlee ſei damit aus dem „Schlachtſchiff der ſozialen Revolution" ausgeſtiegen und habe ſich der „freiheitlichen Demokratie" anvertraut; die alte Welt (des Kapitalismus) aber, „mit deren baldigem bevorſtehenden Untergang ſich die Sozialiſten ſeit bald hundert Jahren intenſiv beſchäftigen", habe offenbar noch ſtarke Wurzeln, wenn ſich im Kampf gegen den Kommunismus ſogar ſozialiſtiſche Miniſter und Parteien an ſie klammerten.

Es ſollte uns doch etwas ſagen, wenn das führende Organ des kapitaliſtiſchen Bürgertums der Schweiz derartige Töne anzuſchlagen für zeitgemäß erachtet und den Sozialiſten rät, ſie ſollten „diejenigen *Abſtriche an ihrem antikapitaliſtiſchen Schema* vornehmen", ohne die ſie den „vorbehaltloſen Anſchluß (!) an die Güter der liberalen Demokratie", welche die „Neue Zürcher Zeitung" und ihre Klaſſe ſo unübertrefflich betreuen, nicht finden könnten. Und wenn dasſelbe Blatt über die „offenbare Not" ſpöttelt, die den „unentwegt in den Glauben an eine neue Weltordnung verſtrickten Marxiſten" die „konſervative" Außenpolitik der ſozialiſtiſch regierten Staaten Weſteuropas bereite, ſo könnte auch das uns aufhorchen laſſen. Denn dieſe „konſervative" Außenpolitik, namentlich Englands, iſt ja freilich eine leidige Tatſache, und nur mit Unbehagen kann man leſen, was der „New Statesman" im Anſchluß an die *Reorganiſation der britiſchen Regierung* bemerkt, die einem inneren Kabinettsrat von fünf Mitgliedern die entſcheidende Macht in die Hand gibt:

„Was auch immer ihr innerpolitiſches Programm ſein mag — in auswärtigen Angelegenheiten werden die Großen Fünf *entſchloſſene Churchillianer bleiben.* Mit oder ohne Vorrat von Atombomben in Neu-Schottland werden ſie die neue Maginotlinie gegen den Kommunismus zäh verteidigen, die jetzt ihr Erſatz für eine wirkliche Politik zu ſein ſcheint. Kein Wunder, daß Churchill an der Außenpolitik der Regierung nichts auszuſetzen fand und darin ein ‚bemerkenswertes Maß von Uebereinſtimmung' mit ſeinen eigenen Ueberzeugungen entdeckte." Dieſe ganze Politik werde allerdings von einem großen Teil der Labourfraktion im Unterhaus als im Widerſpruch zu ihren ſozialiſtiſchen Grundſätzen ſtehend empfunden. ‚Die Ereigniſſe der letzten 14 Monate haben dieſe Ueberzeugung nur gekräftigt, genau wie ſie die konſervative Begeiſterung für die Entſchloſſenheit der Regierung verſtärkt haben, ihren Sozialismus auf Angelegenheiten der inneren Politik zu beſchränken."[1])

Frankreichs Dilemma

Die franzöſiſchen *Kammerwahlen,* die den Kommuniſten und den Reaktionären ſtarke Erfolge, den Sozialiſten ernſte Verluſte und auch der katholiſchen Republikaniſchen Volksbewegung einen gewiſſen Rückſchlag gebracht

[1]) Die Unzufriedenheit eines Teiles der Labourfraktion mit der Außenpolitik der Regierung hat ſich in den letzten Tagen bis zu einer kleinen Palaſtrevolte geſteigert, die trotz ihrer Harmloſigkeit dennoch den großen Zorn der „Churchillianer" herausgefordert hat. Bevin wird, wenn er aus Amerika zurückkommt, dem Spuk ſchon ein Ende machen. (17. Nov.)

haben, ſcheinen die in der Geſchichte Frankreichs, beſonders im Siege der Gegenreformation und dann der jakobiniſchen Revolution, begründete Tendenz zu beſtätigen, dem Volke nur die Wahl zwiſchen zwei autoritären Syſtemen zu laſſen: demjenigen der klerikal-kapitaliſtiſchen Rechten und demjenigen der kommuniſtiſchen Linken. Die beiden großen Mittelparteien, die Sozialiſten und das MRP., bekennen ſich zwar zur Demokratie, entbehren aber allzuſehr des entſchloſſenen Willens zum Sozialismus, der die große Stärke der Kommuniſten ausmacht und den ſachlichen Notwendigkeiten auch der franzöſiſchen Lage am klarſten entſpricht. Im beſonderen die Sozialiſtiſche Partei, in der ſich der linke Flügel offenbar nicht durchzuſetzen vermochte, trotz ſeinem Scheinſieg am letzten Kongreß, verliert zuſehends an Anziehungskraft für die Arbeiter, die Frauen, die Jugend und die Gebildeten; bezeichnend iſt in dieſer Hinſicht, daß das katholiſche MRP. in ſeiner Jugendorganiſation 800 000 Mitglieder hat, die Kommuniſtiſche Partei 300 000, die Sozialiſtiſche Partei aber nur 30 000.

Die Gefahr wächſt damit, daß entweder der Sozialismus auf undemokratiſche Weiſe kommt oder die Rechte — vielleicht unter Führung de Gaulles — den Verſuch macht, der ſozialen Revolution durch die Gegenrevolution zuvorzukommen. Sie könnte immer noch gebannt werden, wenn ſich Sozialiſten und Katholiſch-Demokraten — etwa auf der von André Philip am ſozialiſtiſchen Parteitag entwickelten Linie — mit den Kommuniſten zur Durchſetzung eines Programms durchgreifender Strukturreformen zuſammenſchlöſſen und ſo dem bisher unfruchtbaren, weil durch innere Rivalitäten gelähmten Dreiparteienſyſtem eine neue Grundlage gäben. Aber die Ausſichten dazu ſind gering; der Antikommunismus der beiden Mittelparteien ſcheint unüberwindlich, obgleich oder gerade weil die Kommuniſten heute *die* große Partei der franzöſiſchen Arbeiterklaſſe ſind (mit wachſendem Einfluß übrigens auch auf die Bauern), und obwohl ſie in der Praxis, wenn ſie nicht gewaltſam abgeſtoßen werden, kaum etwas anderes tun können als den Uebergang zum Sozialismus auf dem Boden der Demokratie erſtreben[2]). Die wirkliche Bedrohung der franzöſiſchen Demokratie kommt heute jedenfalls nicht von den Kommuniſten, ſondern von der *Rechten*, die ſchon 1940 die Demokratie und Frankreich mit ihr verraten hat und ſie morgen im Namen von Freiheit, Vaterland und Religion wieder verraten wird, wenn ihr nicht endlich eine handlungsfähige, unbedingt überlegene Linke entgegentritt, die alle gegenrevolutionären Experimente von vornherein zum Scheitern verurteilt.

---

[2]) Auch der Pariſer Korreſpondent des „Volksrechts" ſtellt feſt: „Die franzöſiſche Kommuniſtiſche Partei iſt trotz allen Hinweiſen auf Rußland und allen Hurrarufen auf Lenin eine Partei, die ſich in ihrer geſamten Aktion auf demokratiſche Mittel beſchränkt."

Deutsche Revanche

Auch in Deutſchland haben Wahlen ſtattgefunden, die internationales Aufſehen erregt haben: die *Berliner Gemeindewahlen.* Sie haben — im Gegenſatz zu den Gemeindewahlen, die früher in der ruſſiſchen Zone vorgenommen wurden, aber in Uebereinſtimmung mit den entſprechenden Wahlen in der britiſchen und franzöſiſchen Zone — den Kommuniſten („Sozialiſtiſche Einheitspartei" genannt) eine eklatante Niederlage gebracht, erhielten ſie doch nur 20 Prozent aller Stimmen, während die Sozialdemokraten 49 Prozent der abgegebenen Stimmen auf ſich vereinigten, die freilich lange nicht alle von ſtimmungsmäßig linksſtehenden Wählern und Wählerinnen herſtammen, ſondern großenteils einfach derjenigen Partei zugehalten wurden, die am ausgeſprochenſten antikommuniſtiſch auftrat. Bei den gleichzeitig durchgeführten Landtags- und Bezirkswahlen in der ruſſiſchen Zone ſchnitten die Kommuniſten beſſer ab, vermochten aber auch nicht die Mehrheit zu gewinnen. Das Berliner Ergebnis wird wohl mit Recht auf die relative Freiheit der Wähler von ruſſiſchem Druck zurückgeführt und ſollte den Ruſſen zur Warnung dienen; die wirtſchaftlichen und ſozialen Reformen, die ſie in der von ihnen beherrſchten Zone durchgeführt haben, ſcheinen ſich nicht in dem Maße in politiſche Sympathien umgeſetzt zu haben, wie dies von außen her geſehen der Fall zu ſein ſchien. Trotzdem hat aber die übrige Welt keinen Anlaß, ſich über den ruſſiſchen Rückſchlag beſonders zu freuen, bedeutet doch die Berliner Demonſtration gegen die Sowjetunion nichts anderes, als daß ſich die Deutſchen *wieder langſam in die Weltpolitik einſchalten* und im Kampfe zwiſchen Weſt und Oſt ihr Gewicht bewußt in die Waagſchale werfen — zunächſt einmal gegen Rußland. Und das eröffnet wahrlich keine guten Ausſichten.

„Wer hätte gedacht", ſo ſagte ein konſervativer Publiziſt in Berlin einem Redaktor der „Weltwoche", „daß wir Deutſchen ſiebzehn Monate nach der Kapitulation bereits wieder eine weltpolitiſche Rolle erſten Ranges ſpielen werden!" Und der ſchweizeriſche Journaliſt beſtätigt: „Die Deutſchen beginnen tatſächlich aktiv in die Weltpolitik, das heißt in das Kräfteſpiel zwiſchen Oſten und Weſten, einzugreifen." Hier heißt es ſcharf aufpaſſen, wenn dieſes Spiel nicht wieder bös enden ſoll! Und Fr. W. *Förſters* Warnruf in der „Neuen Zürcher Zeitung", der mit ſeinem gewaltigen Pathos in aller Welt ſtärkſten Eindruck gemacht hat, iſt gerade zur rechten Zeit gekommen, um neue, verderblichſte Illuſionen über Deutſchland zerſtören zu helfen. Mögen auch gewiſſe Formulierungen, die Förſter gebraucht, überſpitzt ſein — im Entſcheidenden ſieht er vollkommen klar, daß nämlich „die (nationaliſtiſchen) Verbrecher und ihre verblendeten Mitläufer in Deutſchland nichts bereut und nichts aufgegeben haben, ſondern Tag und Nacht an nichts anderes als an die Möglichkeit denken,

ihr Unternehmen mit anderen Mitteln und Bundesgenoſſen wieder aufzunehmen".

Neue Deutschlandpolitik?

„Das deutſche Volk iſt verantwortlich", ruft Förſter aus, ſich — in Uebereinſtimmung mit der auch an dieſer Stelle vertretenen Auffaſſung — gegen die „Emigrantenidee" wendend, das friedfertige, demokratiſche deutſche Volk ſei von einer Minderheit von Verbrechern ruchlos vergewaltigt worden. „Der Tag wird kommen", wagt er vorauszuſagen, „wo man gezwungen ſein wird, ... es wie die *Ruſſen* zu machen, die ſich mit dem Unterſchied zwiſchen Nazi und Antinazi gar nicht befaſſen, wohl aber mit gefürchteten Mitteln dafür ſorgen, daß niemand, der mitarbeitet, ſeine Verantwortlichkeit und ſeinen Einfluß mißbraucht, um der ‚deutſchen Sache' zu dienen. Dies iſt der Weg, vom illuſoriſchen zum wirklichen Deutſchland zu kommen[1]) und auf dasſelbe mit denjenigen Methoden einzuwirken, die allein verſtanden werden".

Man wird von hier aus auch den Abbruch deutſcher *Induſtriewerke* durch die Ruſſen und die *Deportierung* deutſcher Techniker und Arbeiter nach der Sowjetunion weniger ſcharf verurteilen, als das gemeinhin geſchieht. Dieſe ganze Aktion, ſoweit ſie über die Zerſtörung der deutſchen Kriegsinduſtrie hinausgeht, iſt ſicher verkehrt und wird nicht gut tun; aber gerechterweiſe darf man dennoch zweierlei nicht überſehen: einmal daß die Deutſchen in Rußland ganz unvorſtellbare Verwüſtungen angerichtet haben, für die nun die Ruſſen ſich an deutſchem Gut glauben einigermaßen ſchadlos halten zu dürfen, und ſodann, daß die ruſſiſche Aktion auf Beſchlüſſen beruht, für die auch die Weſtalliierten voll verantwortlich ſind, und die in den weſtlichen Zonen Deutſchlands in einem gewiſſen Grad ebenfalls durchgeführt worden ſind. Die angelſächſiſche Entrüſtung über die „ruſſiſche Barbarei" klingt deshalb wenig echt. Auf alle Fälle aber bleibt — im Sinne Förſters — die Notwendigkeit beſtehen, die induſtriellen Grundlagen einer deutſchen Wiederaufrüſtung und militäriſchen Wiedererhebung endgültig zu zerſtören, bei gleichzeitiger Sicherung eines *friedlichen* Wiederauffſtiegs des deutſchen Volkes. Soweit die ruſſiſche Aktion *dieſem* Ziele dient, muß man ihr unbedingt zuſtimmen.

Damit iſt allerdings die ganze Deutſchlandpolitik der Alliierten zur

---

[1]) Eine kleine Nutzanwendung: Es wird jetzt viel Weſens gemacht von den Tagebüchern des auf Hitlers Geheiß ermordeten Diplomaten Ulrich von Haſſell. Nun ſtellt aber ein Deutſcher, der von Haſſell kannte, in der „NZZ" feſt, daß dieſer Diplomat mindeſtens noch zu Beginn der Hitlerherrſchaft ein „Alldeutſcher in Reinkultur" war und zu den Kreiſen gehörte, die Hitlers Aufſtieg erſt ermöglichten. War ſeine ſpätere Oppoſition gegen den Nazismus wirklich *grundſätzlicher* Natur?

Diskussion gestellt. Wird hier endlich einmal die längst fällige große Wendung kommen? Die jüngsten programmatischen Erklärungen *Bevins* scheinen anzudeuten, daß sich die britische Regierung tatsächlich zu einer neuen Haltung gegenüber Deutschland entschlossen habe, mit dem *politischen* Ziel einer demokratisch-föderalistischen Ordnung Gesamtdeutschlands und dem *wirtschaftlichen* Ziel einer weitgehenden Sozialisierung der deutschen Industrie aller Zonen, die dann freilich jeden Sinn verlieren würden. Aber wenn dieser Plan wirklich, wie Michael Foot im "Daily Herald" schreibt, in den Menschen eine neue Hoffnung auf die Lösung des unheilvoll drohenden deutschen Problems entzünden soll, dann muß er auch rasch durchgeführt werden. Und davon merkt man eben vorderhand noch gar nichts. „Seitdem Bevin die neue Politik Großbritanniens in Deutschland verkündet hat, ist *nichts geschehen*", wird der „Neuen Zürcher Zeitung" aus London berichtet; es bestehe sogar der Eindruck, „die Dinge würden in mancher Hinsicht nicht besser, sondern schlechter". Der öffentlichen Meinung Großbritanniens bemächtigt sich denn auch ein wachsendes Unbehagen über das Versagen der englischen Besetzungsbehörden (das allerdings kaum größer ist als dasjenige der übrigen drei alliierten Militärzentralen), und die Stimmen, die energisch auf Abstellung dieses „Skandals" dringen, mehren sich in erfreulichem Maße.

Eine gründliche sozialistisch-föderalistische Neugestaltung Deutschlands, wie die Labourregierung sie ins Auge faßt, würde zwar wohl in *Amerika* auf scharfen Widerstand stoßen, wo man die europäischen Dinge in ganz anderer Perspektive sieht, besonders nach dem Wahlsieg des "Big Business", kaum aber in *Frankreich*, schon im Hinblick auf die Ruhrfrage, die auf kapitalistischem Boden nicht gelöst werden könnte, und erst recht nicht bei *Rußland*. Sie könnte sogar ein Hauptmittel sein, um die russische Furcht vor der Ausspielung eines nationalistisch-kapitalistischen Deutschland gegen die Sowjetunion zu zerstreuen und eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Ost und West herbeizuführen; denn gegen eine geschlossene sozialistische Front Englands, Frankreichs und Rußlands könnte auch das kapitalistische Amerika nicht mehr viel ausrichten, das für seine weltpolitischen Absichten durchaus auf England angewiesen bleibt. Auf England ruht so eine schwere Verantwortung. Möge es sich auf der vollen Höhe seiner weltgeschichtlichen Aufgabe zeigen!

12. November 1946. *Hugo Kramer.*

Schweizerische Rundschau

Rüstungswirrwarr In der Welt draußen ist die Abrüstung neuerdings auf die Tagesordnung gesetzt — in der Schweiz hört man immer nur von *Aufrüstung* reden. Unsere Oeffentlichkeit wird in der Tat andauernd mit neuen, sich zusehends steigern-